



Presseinformation

Nr. 335 / 2012

Kiel, Sonnabend, 8. September 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Bildungskonferenz

Anita Klahn: Teilnehmer der Bildungskonferenz werden als Statisten missbraucht

Zur heute (8. September) veranstalteten sogenannten ‚Bildungskonferenz‘ von Ministerin Waltraud Wende erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wieder einmal führt die linke Koalition die Menschen mit ihrer Symbolpolitik an der Nase herum. Auf dieser sogenannten Bildungskonferenz wird so getan, als würden zentrale Fragen unseres Bildungssystems erstmals diskutiert und Lösungen gemeinsam erarbeitet. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Zentrale Themen, wie der acht- oder neunjährige Gang zum Abitur an Gymnasien sowie das von der FDP-/CDU-geführten Landesregierung eingeführte Y-Modell, bleiben unbeachtet. Zudem handelt es sich bei denjenigen Themen, die überhaupt in den Workshops diskutiert werden, um Problemstellungen, die lange bekannt sind und sich eben gerade nicht von heute auf morgen und schon gar nicht in einer Stunde lösen lassen. Wer das verdrängt und von einem neuen Stil der lösungsorientierten Dialogbereitschaft spricht, der ignoriert schlichtweg, dass es seit langem Gespräche mit den Betroffenen, mit Vereinen und Verbänden, Lehrern, Eltern und Schülern gegeben hat.

Was von dieser Konferenz bleibt sind lediglich mehr Fragen als Antworten. Das ist äußerst bedauerlich und zeitraubend für die Beteiligten. Sie werden vielmehr als Statisten für die große ‚Waltraud-Wende-Show‘ missbraucht, die mit dieser Alibi-Veranstaltung die Erwartungen ins Unermessliche schraubt. Dass die Konferenz keinen tieferen Sinn erfüllen soll und die auf ihr erarbeiteten Ergebnisse für den Papierkorb sind, hat die Bildungsministerin aber gleichzeitig schon heute zugegeben: Die angekündigte Schulgesetzänderung hat sie mit einem Handstreich auf die Jahre 2014/2015 verschoben.

Zu hoffen ist, dass von dem von der FDP-/CDU-geführten Landesregierung mühsam errungenen Schulfrieden nicht nur Schutt und Asche übrig bleiben.“